

AUSSENPOLITIK

Putin-Freund muss gehen

Walter Jürgen Schmid, deutscher Botschafter in Moskau, muss seinen Platz räumen. Bundesaußenminister Guido Westerwelle will den Diplomaten durch den deutschen Nato-Botschafter Ulrich Brandenburg ersetzen. Schmid gilt im Kanzleramt und unter den Außenpolitikern der Koalition als zu unkritisch gegenüber Russland. Wichtige Personalentscheidungen muss laut Koalitionsvertrag das Kabinettsamt treffen. Westerwelles Sprecher Robert von Rimscha wird im Auswärtigen Amt vorläufig nur stellvertretender Leiter des Planungsstabs, der amtierende Planungschef Markus Ederer soll bis Juli 2010 auf seinem Posten bleiben. Zur neuen politischen Direktorin im Außenministerium will Westerwelle die Beauftragte für den Balkan und die Türkei, Emily Haber, ernennen.

BUNDESTAGSWAHL

Mängel festgestellt



JENS KOEHLER / BILDREWER

Wahlbeobachter

OSZE-Wahlbeobachter empfehlen in ihrem Bericht zur Bundestagswahl vom 27. September eine Reform des Wahlrechts. Für die Zulassung von in deutschen Parlamenten noch nicht vertretenen Parteien, so die Analyse, gebe es keine spezifischen und messbaren Voraussetzungen. Zudem sei das Verfahren „nicht frei von Interessenkonflikten“, da im zuständigen Bundeswahlausschuss Vertreter der etablierten Parteien praktisch über das Schicksal von Mitbewerbern entscheiden. Um das „Risiko der Subjektivität“ zu vermeiden, sollte über „präzise, objektive und nachvollziehbare Kriterien“ nachgedacht werden. Zur Bundestagswahl waren mehrere Parteien, darunter die „Grauen“ und die „Freie Union“, nicht zugelassen worden. Da das Wahlgesetz zudem vor dem Wahltag keine gerichtliche Überprüfung der Wahlzulassung erlaube, beklagen die OSZE-Beobachter in ihrem Bericht, werde das Recht der Bürger auf „zeitnahen und effektiven Rechtsschutz“ beschränkt.



WOLFRAM SCHEIBLE

Internationales Netzzentrum der Deutschen Telekom in Frankfurt am Main

TELEKOMMUNIKATION

Gefahr für Informanten

Medienverbände und Medienunternehmen warnen das Bundesverfassungsgericht eindringlich vor möglichen Folgen des Gesetzes zur Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und E-Mail-Verbindungen. Sollten die Karlsruher Richter das Gesetz bestätigen, gefährde es das Vertrauensverhältnis zwischen Journalisten und potentiellen Informanten „mit bislang nicht gekannter Intensität“. Der Staat erhalte so „erstmalig Zugriff auf alle elektronischen Kontakte von und mit allen Journalisten“ für das jeweils zurückliegende halbe Jahr. „Allein diese Tatsache wird JInformaten massiv abschrecken“, heißt es in dem von den Journalistenverbänden DJV, dju in Ver.di, den Verbänden der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, der ARD, dem ZDF und dem Privatsenderverband VPRT mitgetragenen Schreiben an den Verfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier. Der Informant müsse bereits eine Enttarnung fürchten, wenn der Journalist, wie es seine Sorgfaltspflicht gebietet, die von der Information betroffene Organisation konfrontiere – weil sich diese dann zur Ermittlung der undichten Stelle an Strafverfolgungsbehörden wenden könnte. „Gerade in Zeiten des Terrorismus, in denen der Staat Bürgerrechte vermehrt beschränkt und geheim agiert“, heißt es in dem Schreiben, sei aber „die Demokratie auf eine effektive und robuste Pressefreiheit angewiesen“. Die mündliche Verhandlung gegen die umstrittene Speicherpflicht beginnt am Dienstag vor dem Ersten Senat, entgegen den Ankündigungen allerdings nicht im Beisein von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Die Ministerin hatte die Verfassungsbeschwerde noch aus der Opposition heraus mit angestrengt. Sie ist somit Klägerin und nach ihrer Amtsübernahme auch auf der Seite der Beklagten.

RELIGION

Unchristliche CDU?

Die CDU dürfe nicht länger ihr „C“ vernachlässigen und müsse sich „auf christliche Werte rückbesinnen“ – diese Forderung erhebt ein in der Partei kursierendes Kritikpapier, zu deren Verfassern der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt und Joachim Klose, Leiter des Bildungswerks der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sachsen, gehören. So fehle vor allem dem Großteil der jungen Unionspolitiker-Generation in den neuen Bundesländern „ein speziell christlicher Handlungsimpuls“; unter den dortigen

CDU-Mitgliedern seien immer weniger Christen, ohne dass dies als Mangel empfunden werde. Als Folge schwinde das Christliche in der CDU. Die Analyse der vergangenen Bundestagswahl habe gezeigt, so Patzelt, dass viele katholische Wähler sich von der Partei abgewendet hätten. Eine Diskussion über das „C“ in der Union wird auch von anderen, den Parteien nahestehenden Persönlichkeiten gefordert. Der Kölner Kardinal Joachim Meisner hat sie wiederholt angemahnt, der Publizist Martin Lohmann gar ein Buch geschrieben, in dem er der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel die Vernachlässigung dieses Kernthemas vorwirft.



DOP / JULSTEIN BILD

Meisner